

## Otto Hoetzsch\*

Leipzig war die Heimatstadt von Otto Hoetzsch. Dort wurde er am 14. Februar 1876 als Sohn des Klempnermeisters Gustav Adolph Hoetzsch und seiner Ehefrau Alma als ältestes von insgesamt vier Kindern geboren. Die Mutter war die Tochter des Gerichtsdirektors und Advokaten Edmund Camillo Stahl und dessen Ehefrau Clara, geb. Volbeding. Da Otto Hoetzschs Vater, Spross einer alt eingesessenen Leipziger Handwerkerfamilie, früh starb, lag die Erziehung in den Händen der Mutter, einer Frau, die ihre literarische und musische Vorbildung entscheidend in die Erziehung und Ausbildung der Kinder einbrachte. Sie war in der Lage, englische und französische Literatur im Original zu lesen, sie spielte Klavier und begeisterte sich für die Musik von Richard Wagner. Die Werke Heinrich von Treitschkes und Gustav Freytags gehörten offensichtlich zur Pflichtlektüre des heranwachsenden Otto Hoetzsch, haben ihn nachhaltig beeinflusst und ihn sein Leben hindurch begleitet. Den Besuch der traditionsreichen humanistisch geprägten Thomasschule in Leipzig schloss Hoetzsch im Jahre 1894 mit dem Abitur als einer der besten seines Jahrgangs ab. Während der gesamten Schulzeit erhielt er wegen seiner durchgängig hervorragenden Leistungen etliche Preise und Stipendien<sup>1</sup>.

Die Mutter ermöglichte ihrer Tochter Eva eine Buchhändlerlehre und ihren drei Söhnen Otto, Walther und Siegfried eine akademische Ausbildung. Nach einem Jahr Militärdienst begann Otto 1895 gemäß seinen Neigungen und Fähigkeiten das Studium der Geschichte, der Kunstgeschichte und der Nationalökonomie und hörte darüber hinaus Römisches Recht, Römische und Deutsche Rechtsgeschichte und Staatsrecht. Hoetzsch selbst bezeichnete Karl Lamprecht, „Auslöser“ des Methodenstreits<sup>2</sup>, den von Heinrich von Treitschke beeinflussten Erich Marcks<sup>3</sup> und den Na-

---

\* Der Text ist zuerst erschienen in: Uwe Schaper (Hrsg.), *Berlinische Lebensbilder*, Bd. 10: Geisteswissenschaftler II, hrsg. von Hans-Christof Kraus, Berlin 2012, S. 227–244.

<sup>1</sup> Uwe Liskowski, *Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch (= Osteuropaforschung. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, 19), 2 Bde.*, Berlin 1988, S. 15 f. und 265. Uwe Liskowski hat mit seiner Publikation den bis heute maßgeblichen Beitrag zur Erforschung von Otto Hoetzschs Leben und Werk geleistet. Insofern gehen die Ergebnisse dieses Artikels in wesentlichen Teilen auf seine Forschungen zurück. Vgl. Karl Schlögel, *Von der Vergeblichkeit eines Professorenlebens: Otto Hoetzsch und die deutsche Russlandkunde*, in: ders., *Das Russische Berlin. Osteuropas Bahnhof*, München 2007, S. 403–424, hier S. 407.

<sup>2</sup> Vgl. Ines Mann/Rolf Schumann, *Karl Lamprecht, Einsichten in ein Historikerleben*, Leipzig 2006; Luise Schorn-Schütte, *Lamprecht, Karl Nathanael (1856–1915)*, in: Rüdiger vom Bruch/Rainer A. Müller (Hrsg.), *Historikerlexikon. Von der Antike bis zum 20. Jahrhundert*, München 1991, S. 175.



Abbildung 1: Otto Hoetzsch  
\*14. Februar 1876 in Leipzig, † 27. August 1946 in Berlin.

tionalökonomien Karl Bücher, Vertreter der jüngeren historischen Schule der Nationalökonomie und Gründer des ersten deutschen Instituts für Zeitungskunde an der Universität Leipzig<sup>3</sup>, als seine wichtigsten Lehrer. Hoetzschs Entwicklung haben auch Friedrich Ratzel, Begründer der Anthropogeografie und der Politischen Geografie sowie Gründungsmitglied des „Alldeutschen Verbandes“, und die Theorien von Ernst Hasse zum kontinentalen Imperialismus beeinflusst. Mit Hasse, der von 1893 bis 1908 geschäftsführender Vorsitzender des völkisch ausgerichteten Alldeutschen Verbandes war, verband Hoetzsch später die gemeinsame Verbandsarbeit.

Otto Hoetzsch war schon zu Beginn seines Studiums dem Leipziger „Verein Deutscher Studenten“ (VDSt) beigetreten und blieb dem so genannten „Kyffhäuser-Verband“ resp. „Verband der Vereine Deutscher Studenten“ (VVVDSt) sein Leben lang verbunden. Der Verband „war 1881 ... als ausgesprochen nationalpolitischer ‚Kampfverein‘ ... [gegründet worden]. Pate standen eine strikte monarchische Ge-

<sup>3</sup> Vgl. <http://www.geschichte.hu-berlin.de/galerie/texte/marcks.htm> [Stand: 31.08.2010]. Vgl. Marc von Knorring/Erich Marcks, in diesem Band, S. 149–172.

<sup>4</sup> Vgl. Erik Koenen/Michael Meyen (Hrsg.), Karl Bücher. Leipziger Hochschulschriften 1892–1926, Leipzig 2002; Jürgen G. Backhaus (Hrsg.), Karl Bücher. Theory – History – Anthropology – Non Market Economies, Marburg 2000.

sinnung, ein völkischer Nationalismus, der mit scharfem Antisemitismus gepaart war und ein soziales Christentum Stoeckerscher Prägung ... Das Ergebnis war ein aggressiver völkischer Nationalismus, dessen Aufgabe und Ziele darin erblickt wurden, ‚eine Stärkung des nationalen Zusammenhanges der Deutschen auf der ganzen Erde, ein Zusammenraffen der ganzen Kraft unseres Volkstums zum Kampf um die Weltherrschaft‘ gegen alle Widerstände durchzusetzen. Er teilte die völkische Ausrichtung mit dem ‚Alldeutschen Verband‘ und trat ihm, wie übrigens auch den anderen nationalen Agitationsvereinen korporativ bei<sup>5</sup>.

Verbandsarbeit und Studium scheinen den Tagesablauf des jungen Hoetzsch vollständig ausgefüllt zu haben. Mit einem breiten Allgemeinwissen, einer überdurchschnittlichen Rednergabe, unerschöpflicher Schaffenskraft, Ehrgeiz und einem schier unglaublichen Fleiß war er mit Instrumentarien ausgestattet, die seine Karriere im Verband beflügelten und gleichzeitig seine akademische Laufbahn zu befördern schienen. Hoetzsch wurde 1898 zum Vorsitzenden des Leipziger VDSSt gewählt. Dass er bei seiner ausgeprägten Verbandsarbeit, die schnell die Grenzen von Leipzig hinter sich ließ, immer wieder auf seine akademischen Lehrer stieß, dürfte ebenfalls nicht von Nachteil gewesen sein<sup>6</sup>. Wissenschaftliche Forschung und politisch-publizistische Betätigung schlossen sich für Hoetzsch in keiner Weise aus, sie bedingten sich sogar. So forderte Otto Hoetzsch im Laufe seines Lebens immer wieder, dass eine allgemeine, „objektive“ politische Bildung und Erziehung die Grundlage für die politische und die öffentliche Meinungsbildung sein müsse. Erfolgreiche Politik, so der Umkehrschluss für Hoetzsch, war nur auf der Grundlage der Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse möglich.

Bei Karl Lamprecht wurde Otto Hoetzsch im Jahre 1899 mit einer historisch-sozialstatistischen Dissertation unter dem Titel „Die wirtschaftliche und soziale Gliederung vornehmlich der ländlichen Bevölkerung im meissnisch-erzgebirgischen Kreise Kursachsens. Aufgrund eines Landsteuerregisters aus der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts dargestellt“ promoviert<sup>7</sup>. Anschließend erhielt er die Stelle eines Bibliothekars am Historischen Seminar der Universität Leipzig. Die Zeit der Anstellung bis zum September 1900 nutzte er zu weiteren Studien in den Bereichen der neueren Verfassungs- und der Wirtschaftsgeschichte der USA, Englands und Russlands und er erweiterte seine englischen Sprachkenntnisse. Sein weiterer Lebensweg führte Otto Hoetzsch nach Berlin, wo er auf Rat des Leipziger Rechtshistorikers Siegfried Rietschel seine Studien an der Friedrich-Wilhelms-Universität fortsetzte. Unter seinen Lehrern finden sich hier Kurt Breysig, Otto Hintze, Gustav Schmoller und Adolph Wagner.

---

<sup>5</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 19 f.

<sup>6</sup> Ebenda, S. 26 f.

<sup>7</sup> Otto Hoetzsch, Die wirtschaftliche und soziale Gliederung vornehmlich der ländlichen Bevölkerung im meissnisch-erzgebirgischen Kreise Kursachsens. Auf Grund eines Landsteuerregisters aus der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts dargestellt, Leipzig 1900.

Weiterer Grund für den Umzug nach Berlin war die Übernahme der Redaktion der 1886 ins Leben gerufenen „Akademischen Blätter“, der Zeitschrift des Kyffhäuser-Verbandes im Oktober des Jahres 1900. Die Akademischen Blätter erschienen im 14-tägigen Rhythmus und erreichten ihr Publikum weit über Hochschulbereich und Verbandsmitglieder hinaus, da in ihnen Ausarbeitungen aus allen Bereichen von Politik und Kultur zu finden waren. Entsprechend seinen Interessen konnte Hoetzsch durchsetzen, dass sozialpolitische Themenfelder wieder verstärkt besetzt wurden. 1902 wurde er in den Vorstand der Berliner Ortsgruppe und 1904 in den Gesamtvorstand des Alldeutschen Verbandes gewählt. Als Nachfolger des verstorbenen Julius Lohmeyer wurde Hoetzsch zudem im Jahre 1903 bis zu ihrer Einstellung im Herbst 1907 Herausgeber der dem Alldeutschen Verband nahestehenden „Deutschen Monatschrift für das gesamte Leben der Gegenwart“, in der neben politischen und kulturellen auch literarische Themen behandelt wurden. Darüber hinaus war er Mitglied im „Bund der Landwirte“, im „Allgemeinen Deutschen Schulverein“ und im „Deutschen Ostmarkenverein“. Otto Hoetzsch war somit in den wichtigsten Interessenvertretungen derjenigen Gruppierungen präsent, die seine politischen Interessen spiegelten und die seine publizistische Tätigkeit bis zum Ende des Ersten Weltkriegs bestimmten.

Hoetzschs Habilitationsschrift, die er im Jahre 1906 bei der Philosophischen Fakultät der Berliner Universität einreichte, ging auf ein Projekt zurück, das ihm Gustav Schmoller 1901 in Absprache mit Reinhold Koser, damals schon ordentlicher Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, angetragen hatte. Als Teil der von der Preußischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen Reihe „Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg“ bearbeitete Hoetzsch die Akten der Stände von Cleve und der Mark 1666–1697, eine Arbeit, die von Gutachtern und Fachkollegen uneingeschränkt gelobt wurde. Otto Hoetzsch erhielt im Sommer 1906 die *venia legendi* für Mittlere und Neuere Geschichte nach Annahme der Habilitationsschrift und aufgrund seiner Probevorlesung zum Thema „Die Gesamtstaatsidee in Preußen und Österreich, Hannover und Bayern im 16. bis 18. Jahrhundert“ und der Antrittsvorlesung über „Die historischen Grundlagen eines konstitutionellen Lebens in Rußland“. Hoetzschs Neigungen entwickelten sich, wie aus seinem Habilitationsgesuch hervorgeht, zum Gebiet der Osteuropäischen Geschichte hin<sup>8</sup>. Zielstrebig erweiterte er seinen Wissensstand und seine sprachlichen Kenntnisse. Seit dem Herbst 1900 lernte er am Seminar für Orientalische Sprachen Russisch und Polnisch, schloss mit dem Dolmetscherexamen ab und beschäftigte sich zudem noch mit Tschechisch, Ukrainisch und Bulgarisch. Als Mitglied des 1902 gegründeten „Seminars für Osteuropäische Geschichte und Landeskunde“ vertiefte er mit Förderung des Leiters, Theodor Schiemann, sein Wissen in russischer und polnischer Geschichte und las dort bis zum Wintersemester 1910/11 als Privatdozent allgemeine Neuere und Osteuropäische Geschichte.

---

<sup>8</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 267–272.

Was Hoetzsch tatsächlich veranlasst hat, sich dem Gebiet der Osteuropäischen Geschichte zuzuwenden, bleibt mit Ausnahme des Hinweises im Habilitationsgesuch mangels weiterer belastbarer Aussagen im Dunkeln und es kann nur der Versuch gemacht werden, sich über eine Art Indizienkette aus sich vermischenden wissenschaftlichen und politischen Motivationen einer Antwort zu nähern. Erste Grundlagen werden hier in seiner Erziehung und seinem politischen Interesse zu suchen sein. Aus einem nationalliberal geprägten oder beeinflussten Elternhaus stammend, war sein politisches Interesse früh geweckt worden<sup>9</sup>. Hier dürften auch die Wurzeln für die Beschäftigung mit der imperialistischen Politik des Deutschen Reichs und seinen „Widersachern“ auf weltpolitischer Bühne liegen, die Hoetzsch in den USA, Großbritannien und Russland ausmachte. Früher als sein Förderer Schiemann hatte Hoetzsch erkannt, dass, wollte die historische Forschung ihren Einfluss auf die politische Entwicklung geltend machen, für den osteuropäischen Raum allein eine Beschäftigung mit Russland nicht ausreichte. Die deutsche Ostpolitik war für ihn eine Existenzfrage. Aus der Erkenntnis, dass Russland vorerst militärisch nicht zu besiegen war, folgerte er, dass zwischen beiden Mächten ein Interessenausgleich herzustellen sei. Dies betraf eben nicht nur das bilaterale Verhältnis, sondern auch eine Verständigung über die Behandlung der beiderseitigen Interessengebiete wie das Baltikum, die polnischen Gebiete oder die Entwicklung in Südosteuropa. In diese Problemfelder spielten, einmal abgesehen vom Baltikum, immer auch Interessen der österreichischen Doppelmonarchie hinein.

Von Haus aus – und hier traf er sich wieder mit Schiemann – war Hoetzsch daran gelegen, die Beschäftigung mit einem Interessengebiet von einem landeskundlichen und damit fachübergreifenden, auch dynamischen Ansatz aus zu betreiben. Hierzu gehörten das Erlernen der Sprache, das Reisen in die fraglichen Länder – was Hoetzsch auch ausgiebig wahrnahm – und neben der Auseinandersetzung mit der Geschichte das Kennenlernen der Kultur, der Wirtschaft, der Sozialstrukturen und des Verfassungs- und des Rechtssystems. Dieser komplexe Ansatz forderte vergleichende Untersuchungen – Landeskunde sollte somit auch von direktem Nutzen für die Politik sein. Darüber hinaus war die Beschäftigung mit osteuropäischer Geschichte, die über Russland hinausging, ein eindeutiges Desiderat und stellte sich für Hoetzsch in der Gefolgschaft Schiemanns auch als eine Chance für eine wissenschaftliche Karriere dar.

Otto Hoetzsch führte seit 1906 eine Art wissenschaftliches „Doppelleben“, da er „neben“ seinen Verpflichtungen an der Universität Berlin zum Professor für Geschichte an der Königlichen Akademie zu Posen<sup>10</sup> berufen wurde. Es ist zu vermuten, dass sich sein Lehrer und Förderer Gustav Schmoller bei Friedrich Althoff für ihn eingesetzt hatte. Hierbei erwies sich seine Verbandsarbeit im antisemitisch geprägten

<sup>9</sup> Vgl. Schlögel, Von der Vergeblichkeit (Anm. 1), S. 408.

<sup>10</sup> Vgl. zur Geschichte der Akademie in Posen: Christoph Schutte, Die Königliche Akademie in Posen (1903–1919) und andere kulturelle Einrichtungen im Rahmen der Politik zur „Hebung des Deutschtums“ (= Materialien und Forschungen zur Ostmitteleuropa-Forschung, 19), Marburg 2008.

VVDSt zum ersten Mal als problematisch, da Althoff zwar in der von ihm stark geförderten Akademie einen Lehrer haben wollte, der in der Lage war, wissenschaftlich fundiert Osteuropäische Geschichte im Sinne der preußischen Deutschtumspolitik zu lesen, aber gleichzeitig wollte er die nicht gerade deutschfreundliche jüdische Bevölkerung in Posen nicht stärker irritieren. Insofern wurde vor Hoetzschs Berufung erst die Zustimmung des „Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ eingeholt<sup>11</sup>. Den Spagat zwischen Berlin und Posen nahm der „Netzwerker“ Hoetzsch sicherlich auf sich, um seine geknüpften politischen Kontakte zu pflegen, insbesondere aber, um im preußischen Kultusministerium und an der Berliner Universität in Erinnerung zu bleiben und um seine Chancen auf eine Berufung nach Berlin zu erhöhen, denn die Akademie in Posen hielt er nicht für entwicklungsfähig und sie entsprach – eigenen Angaben zufolge – auch nicht seinen hohen wissenschaftlichen Ansprüchen. Seit 1911 lehrte Hoetzsch als Nachfolger und auf Empfehlung von Theodor Schiemann zudem noch an der Preußischen Kriegsakademie in Berlin und er hatte somit ein weiteres wissenschaftliches „Standbein“ in der Hauptstadt<sup>12</sup>.

Auf Wunsch des Kultusministeriums reiste Hoetzsch im Jahre 1907 zu einer Vortragsreise in die Vereinigten Staaten, wurde sogar von Präsident Theodore Roosevelt empfangen und konnte ihm seine Publikation „Die Vereinigten Staaten von Nordamerika“ überreichen, die zeitlich neben seiner Habilitationsschrift entstanden war<sup>13</sup>. Auch bei dieser Reise werden Sprachbarrieren keine Rolle gespielt haben, hatte doch Hoetzsch seine englischen Sprachkenntnisse während seines Studiums vertieft. So hatte er im Frühjahr 1904 eine Studienreise zur Beschäftigung mit der Verfassungs- und Wirtschaftspolitik Englands nach London angetreten. Darüber hinaus war er mehrfach Gastdozent bei den Sommerkursen an der Universität Edinburgh. Insgesamt erwies es sich für Hoetzsch in seiner Entwicklung als Wissenschaftler und als politischer Publizist als äußerst vorteilhaft, dass er Quellen, Literatur und Presse im Original lesen konnte und sich zusammen mit seiner Reisetätigkeit und persönlichen Kontakten vor Ort ein differenziertes Bild von der historischen Entwicklung und den politischen und sozialen Verhältnissen der einzelnen Länder machen konnte. Dies ermöglichte es ihm, dass er in Posen englische Geschichte bis hin zur Gegenwart lesen konnte und es erklärt in Teilen auch seinen Erfolg bei den Studierenden<sup>14</sup>.

Seit dem Spätherbst 1911 deutete sich das Ende von Hoetzschs Tätigkeit in Posen an. In diesem Jahr löste Philipp Schwartzkopff Wilhelm von Waldow-Reitzenstein im Amt des Oberpräsidenten der Provinz Posen ab. Von Waldow galt vielen Polen als „Verkörperung des Ostmarkenvereins, mit dem er auch sympathisierte. Als ‚soverän und einseitig‘ charakterisierte ihn einer seiner Nachfolger im ostpreußischen Landratsamt, weshalb er auch vielen Deutschen wie ein ‚gefrorenes Handtuch‘ er-

---

<sup>11</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 271.

<sup>12</sup> Ebenda, S. 274–281.

<sup>13</sup> Otto Hoetzsch, Amerikanische Eindrücke, in: Deutsche Monatsschrift für das gesamte Leben der Gegenwart, 12 (1907), S. 460–479.

<sup>14</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 95 f.

schien<sup>15</sup>. Versöhnlicher in Bezug auf das Verhältnis zwischen Deutschen und Polen war hingegen Philipp Schwartzkopff. Hoetzsch, wie auch von Waldow Mitglied im „Deutschen Ostmarkenverein“, zeichnete dagegen eine eindeutige Haltung in der Polenfrage aus. Die „Gefährlichkeit“ der Polen für das Deutsche Reich ergab sich für ihn aus der Teilungssituation des Landes. Die Polen würden mit Macht die Errichtung eines unabhängigen Staates anstreben. Dies könne nur auf Kosten der östlichen preußischen Provinzen geschehen und die Großmachtstellung des Deutschen Reichs gefährden. Damit wurde den Polen gleichzeitig die Schuld an der gespannten Situation zugewiesen. Die Polenfrage war in den Augen von Otto Hoetzsch nur in der Gesamtsicht auf die Polenpolitik resp. die Grundsätze der Minderheitenpolitik der Teilmächte zu klären. Hier forderte Hoetzsch ein abgestimmtes Vorgehen und hieraus entwickelte er auch einen der Eckpfeiler seiner Haltung zu Russland, wie später noch ausführlicher zu zeigen sein wird. Für das Deutsche Reich bzw. Preußen bedeutete dies die verstärkte Fortführung der so genannten Germanisierungspolitik, deren Durchsetzung für Hoetzsch über eine verstärkte Ansiedlungspolitik, eine Beschaffung von Grund und Boden für Deutsche, letztendlich auch über ein Enteignungsgesetz sowie über die Schaffung eines eigenen Ostmarkministeriums führte<sup>16</sup>.

Schärfster Verfechter der Germanisierungspolitik war der 1894 gegründete Deutsche Ostmarkenverein. Hoetzsch spielte in diesem Verein eine bedeutende Rolle. Von 1907–1910 leitete er die mit ca. 1.300 Mitgliedern stärkste Ortsgruppe des Vereins in Posen, er ließ sich im August 1907 in den Gesamtausschuss wählen, 1908 wurde er Mitglied im Vorstand des Provinzialverbandes Posen des Ostmarkenvereins und 1909 schließlich Mitglied im Hauptvorstand<sup>17</sup>. Seit September 1909 hatte Hoetzsch mit finanzieller Unterstützung des preußischen Innenministers und des Oberpräsidenten der Provinz Posen die Zeitungskorrespondenz „Der Osten“ herausgegeben – eine glänzende Gelegenheit zur Verbreitung seiner Positionen, an denen er bis zum Ersten Weltkrieg festhielt und die er in seinen Vorlesungen und öffentlichen Vorträgen ausbreitete<sup>18</sup>. Nachdem von Waldow nicht zuletzt wegen seiner Haltung in der

---

<sup>15</sup> Georg-Christoph von Unruh, Provinz (Großherzogtum) Posen, in: Gerd Heinrich/Friedrich-Wilhelm Henning/Kurt G. A. Jerserich (Hrsg.), Verwaltungsgeschichte Ostdeutschlands 1815–1945. Organisation – Aufgaben – Leistungen der Verwaltung, Stuttgart/Berlin/Köln 1992, S. 404.

<sup>16</sup> Otto Hoetzsch, Nochmals Nationalstaat und Weltwirtschaft, in: Akademische Blätter. Zeitschrift des Verbandes der Vereine Deutscher Studenten (Kyffhäuserverband), 17 (1902/1903), S. 251–255. Als nahezu unerträglich empfand er es, dass mehrere Hunderttausend polnische Arbeiter als Saisonarbeiter oder fest angestellt aus dem Deutschen Reich, Österreich und Russland in den östlichen preußischen Provinzen tätig waren. Insofern war neben der Ansiedlung Deutscher seine Forderung zur Schließung der Grenzen für Polen nur konsequent. Auf die Frage, wie kurz- und mittelfristig tatsächlich der Ausfall der polnischen Arbeiter kompensiert werden könne, blieb Hoetzsch eine Antwort schuldig.

<sup>17</sup> Seine Auffassungen zur deutschen Polenpolitik veröffentlichte Hoetzsch ab 1912 als Mitherausgeber der Zeitschrift des Deutschen Ostmarkenvereins „Ostland. Jahrbuch für ostdeutsche Interessen“.

<sup>18</sup> Liszkowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 58.



Polenfrage abberufen worden war<sup>19</sup>, hatte Hoetzsch seinen Förderer vor Ort verloren und war für den moderateren Schwartzkopff, der diese Position Hoetzsch in einem Gespräch offensichtlich deutlich gemacht hatte, nicht mehr haltbar<sup>20</sup>.

Theodor Schiemann, mit dem Hoetzsch zusammen seit 1910 die „Zeitschrift für Osteuropäische Geschichte“ herausgab, entwickelte von Berlin aus einen Lösungsansatz. Schiemann schickte dem Kultusministerium im April 1912 eine Denkschrift, die in dem Antrag mündete, aus seinem Seminar eine Zentralstelle der Osteuropaforschung zu machen. Argumentativ politisch und wissenschaftlich vermischt begründete er dies mit dem Interesse Preußens an der Polenfrage und den Beziehungen zu Russland, deren grundlegende wissenschaftliche Erforschung auch praktischen Nutzen nach sich ziehen würde. In diesem Zusammenhang forderte er die Einrichtung eines Extraordinariats und schlug Hoetzsch als geeigneten Kandidaten vor. Das Ministerium stimmte zu und in den Haushaltsverhandlungen wurden die Mittel bewilligt. Dies geschah allerdings nicht ohne größere Probleme, die zwischen der im Verfahren übergangenen Berliner Universität und dem Kultusministerium ausgefochten wurden. Es kann nur vermutet werden, dass Hoetzsch bei seiner Berufung, die schließlich zum 1. November 1913 vollzogen wurde und die mit Sicherheit aus wissenschaftsgeschichtlicher Sicht eine erhebliche Aufwertung der Osteuropaforschung darstellte, seine politischen Freunde zu Hilfe kamen<sup>21</sup>.

Die Entstehung der Zeitschrift für Osteuropäische Geschichte im Jahre 1910 war ein überaus großer Fortschritt in der historischen Osteuropaforschung. Ausgehend von einem langjährigen Plan Schiemanns gelang es diesem, zusammen mit Hoetzsch eine bestechende Konzeption zu erarbeiten, die im preußischen Kultusministerium auf so großen Anklang stieß, dass eine auf drei Jahre befristete Subvention gewährt wurde. Der weit über die Erforschung Russlands hinausgehende konzeptionelle Ansatz, der tatsächlich Osteuropa umfasste und der vergleichende Studien durch die starke Einbeziehung von Autoren aus dem Forschungsgebiet auf eine höhere Stufe hob, beruht auf Otto Hoetzsch. Lehrer und Schüler, Schiemann und der sich wissenschaftlich stetig entwickelnde Hoetzsch, waren eine „Symbiose“ eingegangen, die die Entwicklung des Fachs begünstigte und die internationale Anerkennung beider in Fachkreisen förderte<sup>22</sup>, aber die schließlich auch einen fachlichen und persönlichen Konflikt nach sich zog.

Im Zusammenhang mit der Besetzung des Extraordinariats kam es zur Entfremdung zwischen Schiemann und Hoetzsch, der eine unterschiedliche Bewertung der

---

<sup>19</sup> von Unruh, Provinz (Großherzogtum) Posen (Anm. 15), S. 405.

<sup>20</sup> Der „innere Abschied“ von Posen wird auch durch den Umzug von Otto Hoetzsch nach Berlin im Jahre 1911 deutlich. Dass der Umzug auch private Gründe hatte, kann vermutet werden. 1912 heiratete Otto Hoetzsch Cornelia Koenigs, verwitwete Spener. Hoetzschs Schwager wurde damit Gustav Koenigs, später Staatssekretär im Reichsverkehrsministerium, der zu den Gruppierungen um die Verschwörer des 20. Juli 1944 gezählt wird.

<sup>21</sup> Ausführlich zum Konflikt und der wissenschaftsgeschichtlichen und politischen Bewertung der Vorgänge: Liszkowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 281–288.

<sup>22</sup> Ebenda, S. 338–349.



„Rußlandfrage“, besonders aber der deutschen Politik im Baltikum zugrunde lag. Während der in Grobin in Kurland geborene Schiemannt vehement eine annexionistische deutsche Politik im Baltikum forderte, die den offenen Konflikt mit Russland nach sich ziehen musste, hatte Hoetzsch durch seine intensiven Studien, verbunden mit etlichen Reisen zu den von ihm als solche eingeschätzten europäischen Weltmächten England und Russland, ein differenzierteres Bild entwickelt, dem die Beurteilung des Spiels der europäischen Mächte zugrunde lag. Auch regionale Konflikte sowie innenpolitische Probleme und Entwicklungen beurteilte er unter diesem Gesichtspunkt. Übergeordneter Ausgang aller Überlegungen war bei Hoetzsch das deutsche Weltmachtstreben. Die Entwicklung der Nation bedingte und bestimmte für ihn aus wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Gründen eine imperialistische Politik Deutschlands. Das Schicksal der deutschen Nation entschied sich in der Lösung der Fragen nach ausreichendem Siedlungsraum, ausreichendem Zugang zu Rohstoffen und ausreichenden Absatzmärkten<sup>23</sup>. Hauptproblem im Verhältnis zu Russland war die lange deutsche Ostgrenze, die insgesamt militärisch gegen die Weltmacht Russland nicht zu schützen war. Die deutschen Weltmachtbestrebungen nicht zu gefährden, folgerte Hoetzsch, sei nur durch ein gutes Verhältnis zu Russland zu erreichen. Eine Konsequenz dieser Überlegungen war, den Konflikt im Baltikum mit Russland zu vermeiden, eine andere war das gemeinsame Interesse beider Staaten an der Aufrechterhaltung der polnischen Teilung. „Die besten Garanten zur Aufrechterhaltung und Festigung dieser Interessengemeinschaft seien die Polen selbst. Ihre antirussischen Ausfälle während des Balkankrieges von 1912/13 hätten eine Verhärtung der russischen Polenpolitik bewirkt. Hinzu komme, dass sie durch ihr Vorgehen gegen die Ruthenen in Galizien und durch ihre offene Politik einer trialistischen Umgestaltung Österreich-Ungarns mit dem Ziel einer Slavisierung und Demokratisierung der Habsburger Monarchie diese geradezu in eine antipolnische Politik hineingetrieben hätten“<sup>24</sup>. Ein weiteres Argument für gute Beziehungen zu Russland waren für Hoetzsch die gegenseitigen guten wirtschaftlichen Beziehungen. Die deutsche Exportwirtschaft benötige den russischen Markt zur Expansion und die russische Landwirtschaft sei auf den deutschen Markt angewiesen.

Die auseinanderstrebenden wissenschaftlichen Konzeptionen und politischen Bewertungen mögen ein Grund dafür gewesen sein, dass sich Schiemannt weitgehend aus der inhaltlichen Gestaltung der Zeitschrift für Osteuropäische Geschichte herauszog und sich auch kaum mehr bemühte, die finanziell schwierige Situation der Zeitschrift zu bessern<sup>25</sup>. War Hoetzsch die inhaltliche Gestaltung nach seinen

---

<sup>23</sup> Vgl. Otto Hoetzsch, Das Zeitalter Wilhelms II., in: Akademische Blätter (wie Anm. 16), 17 (1902/1903), S. 269–275 und 289–294; ders., Der deutsche Weltmachtgedanke, in: Akademische Blätter (wie Anm. 16) 18 (1903/1904), S. 17–19.

<sup>24</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 103.

<sup>25</sup> Wenn Hoetzsch im Jahre 1915 äußerte: „Die Balten haben seit bald drei Jahrzehnten unsere Ansicht über Rußland beherrscht ... So sehr ich jetzt mitfühle, was in den Balten vorgeht, so ist mir klar, daß die Riesenfragen des Ostens nicht nur nach den Wünschen der 165.000 Deutschen in den Ostseeprovinzen orientiert werden können“, so zeigt dies nicht nur

eigenen Vorstellungen nur recht, konnte er nach wie vor auf die Unterstützung Schiemanns bei der Finanzierung nicht verzichten. Die im Jahr 1913 in Aussicht stehende Einstellung der Zeitschrift konnte noch vermieden werden, da sich Schiemann bereit erklärte, für neue Abonnenten zu werben und Finanzierungsmodelle zu bedenken, aber der Beginn des Ersten Weltkriegs setzte der Zeitschrift ein Ende. Erst 1930 gelang es Hoetzsch, sie zu neuem Leben zu erwecken, die endgültige Einstellung erfolgte mit seiner von den Nationalsozialisten verfügten Zwangspensionierung im Jahre 1935<sup>26</sup>.

Weiteres Konfliktpotential zwischen Schiemann und Hoetzsch entwickelte sich mit der Gründung und Ausrichtung der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Rußlands“. Zusammen mit dem Nationalökonom Max Siering betrieb Otto Hoetzsch seit Februar 1913 die Einrichtung einer Gesellschaft, die mit einem umfassenden fachübergreifenden wissenschaftlichen, politischen und ökonomischen Programm die Russlandforschung zum politischen und wirtschaftlichen Nutzen fördern sollte. „Hoetzsch entwickelte ein umfangreiches Arbeitsprogramm. Zu den Aufgaben zählte er wissenschaftliche Darstellungen zum gesamten Bereich von Staat und Gesellschaft, die Herausgabe einer kritischen Bibliographie russischer Neuerscheinungen ... die Unterstützung russischer Theateraufführungen und Kunstausstellungen, die Bereitstellung von Hintergrundwissen für die deutsche Wirtschaft, die Organisation von Studienreisen und schließlich die Schaffung einer Korrespondenz zur Beeinflussung der Presse“<sup>27</sup>. Das Auswärtige Amt, dem Hoetzsch eine Denkschrift mit seinen Gedanken vorlegte, lehnte die Gründung der Gesellschaft vorerst ab, da sie derzeit politisch nicht opportun sei. Unabhängig von der Ablehnung machte Hoetzsch im Juni 1913 über seine Bekanntschaft mit Unterstaatssekretär Arthur Zimmermann im Auswärtigen Amt und unterstützt vom preußischen Kultusministerium einen neuen Vorstoß, der erfolgreicher ausfiel. Unter den Voraussetzungen, dass die Gesellschaft rein wissenschaftlich und institutionell ohne russische Beteiligung arbeiten solle, konnte sie Mitte Oktober 1913 konstituiert werden. Schiemann stand der Gesellschaft reserviert gegenüber. Unabhängig von der unterschiedlichen Bewertung des Verhältnisses zu Russland war er mit der Einbeziehung wirtschaftlicher Interessen nicht einverstanden, in der Hoetzsch nach den Erfahrungen mit der Zeitschrift für Osteuropäische Geschichte nicht nur eine Möglichkeit zur dauerhaften Ausfinanzierung der Arbeit erblickte, sondern auch die Orientierung der Arbeit am praktischen Nutzen für Politik und Gesellschaft erhöhen wollte. Schließlich war Hoetzsch nicht verborgen geblieben, dass auch im Bereich der Geisteswissenschaften außeruniversitäre Projekte nur langfristig Erfolg hatten, wenn man sich neben der Akquise öffentlicher Mittel verstärkt um die Einbeziehung bürgerschaftlichen Engagements bemühte. Trotz seiner Bedenken ließ sich Schiemann zum Vizepräsidenten der Gesell-

---

seine eindeutige Haltung, sondern derartige Aussagen mussten auch für Schiemann wie eine schallende Ohrfeige wirken. Zitiert nach Gerd Voigt, Otto Hoetzsch 1876–1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers, Berlin 1978, S. 313.

<sup>26</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 343–349.

<sup>27</sup> Ebenda, S. 485.

schaft wählen, trat aber sofort aus, nachdem das Deutsche Reich mit Russland im Krieg stand. Nach dem Kriegsausbruch konnte die Gesellschaft, deren Name im Juli 1918 in „Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ geändert wurde, kaum noch wirksam werden<sup>28</sup>. Umso intensiver entwickelte Hoetzsch während der Zeit der Weimarer Republik höchst erfolgreich verschiedenste Aktivitäten zur Umsetzung der Ziele der Gesellschaft<sup>29</sup>. Ihr Präsident war vom Februar 1920 ab immerhin Friedrich Schmidt-Ott<sup>30</sup>. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten erfolgte die „Gleichschaltung“ der Gesellschaft und Otto Hoetzsch legte seine Ämter 1935 nieder<sup>31</sup>.

Zunehmend geriet seit seiner Rückkehr nach Berlin im Jahre 1911 Hoetzschs moderate Haltung gegenüber Russland, die Ablehnung der Annexionspolitik im Baltikum, aber auch seine Haltung in der Frage der Beschäftigung polnischer Arbeiter und Landarbeiter in die Kritik. Kriegsausbruch und Verlauf des Krieges verschärften die kritische Position der Parteigenossen und der Vertreter des Alldeutschen Verbandes gegenüber Hoetzsch. Als einer der wenigen in Deutschland wandte sich Hoetzsch während des Krieges gegen die weit verbreitete „Kulturpropaganda“ gegen Russland. Auch unter Fachkollegen waren seine Auffassungen umstritten. Insofern stellte der Bruch mit Schiemann keinen Einzelfall dar. Besonders scharf ging der Historiker Johannes Haller aus Tübingen mit ihm um, als er ihn 1917 als „russische Gefahr im deutschen Hause“ bezeichnete<sup>32</sup>.

Im November 1914 beerbte Hoetzsch Schiemann, der dann 1916 seine Lehrtätigkeit im 70. Lebensjahr erkrankt aufgeben musste, in einer publizistischen Funktion. Er verfasste nun (bis 1924) die wöchentlich erscheinenden Kommentare zur Außenpolitik für die Kreuzzeitung. Hoetzsch wurde von den Verantwortlichen als profund-er Kenner der internationalen Politik geschätzt und war zudem mit dem Chefredakteur der Zeitung, Hans Wendland, den er in der VVDSt-Zeit kennen gelernt hatte und der einer seiner Vorgänger in der Redaktion der Akademischen Blätter gewesen war, gut bekannt. Hoetzschs außenpolitische Kommentare „beeindruckten durch die überwältigende Materialfülle, die er ausbreitet und aus der regelmäßigen Lektüre der wichtigsten Zeitungen fast aller europäischen Länder sowie der USA gewann. Außer dem Kenntnisreichtum fällt die Sachlichkeit, Unabhängigkeit, Folgerichtigkeit und Beständigkeit seines Urteils auf. Seinem weiten Gesichtskreis entsprach es, wenn er neben der Außenpolitik auch Fragen der Innen-, Wirtschafts- und Finanz-

---

<sup>28</sup> Ebenda, S. 487–490.

<sup>29</sup> Ausführlich: ebenda, S. 490–513. Hauptpublikationsorgan war seit 1925 die Zeitschrift „Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens“.

<sup>30</sup> Wolfgang Treue, Friedrich Schmidt-Ott, in: ders./Karlfriedr Gründer (Hrsg.), *Berlinische Lebensbilder*. Bd. 3: Wissenschaftspolitik in Berlin, Berlin 1987, S. 235–250.

<sup>31</sup> Liszkowski, *Osteuropaforschung* (Anm. 1), S. 510–512.

<sup>32</sup> Johannes Haller, *Die russische Gefahr im deutschen Hause* (= *Die russische Gefahr*. Beiträge und Urkunden zur Zeitgeschichte, 6), Stuttgart 1917.

politik der kriegführenden wie der neutralen Länder in Europa und Übersee behandelte“<sup>33</sup>.

Bei Kriegsausbruch hatte sich Hoetzsch dem Auswärtigen Amt angeboten, als Kenner Osteuropas und als Dolmetscher tätig zu werden. Wichtiger waren für das Auswärtige Amt aber offensichtlich seine Erfahrungen in der Pressearbeit. Er arbeitete im Kriegspresseamt, leitete dort bis zum Kriegsende die für Russland, Polen und den Balkan zuständige Abteilung und nahm damit auch an den Pressebesprechungen im Auswärtigen Amt teil, was ihm unter anderem den unzensurierten Zugang zur ausländischen Presse ermöglichte.

Zur Frage der Kriegsschuld hatte Hoetzsch ebenfalls eine dezidierte Auffassung entwickelt. Die Schuld am Krieg wies er Russland zu, sah aber in England die eigentlich treibende und Russland unterstützende Kraft. Hoetzsch hatte England durch seine Studien und seine Reisen kennen und schätzen gelernt. Er erkannte England als Weltmacht an und erklärte hieraus dessen imperialistische Politik. Gleichzeitig forderte er aber das Verständnis Englands für die deutschen Weltmachtbestrebungen, quasi den freien Wettbewerb um die Weltmachtpositionen. Den Ausbruch des Krieges, so Hoetzsch, hatte England durch seinen Ausgleich mit Russland forciert und damit das labile politische und militärische System im Europa aus dem Gleichgewicht gebracht<sup>34</sup>. In Frankreich sah Hoetzsch nur den Bündnispartner von England und Russland ohne eigene Ambitionen – ausgenommen den Revanchegedanken für den verlorenen Krieg 1870/71 –, dessen Staatsgebiet nach dem Krieg bis auf wenige Korrekturen erhalten bleiben müsse<sup>35</sup>. Auch die USA spielten in Hoetzschs Überlegungen vorerst nur eine geringe Rolle. Er hielt einen Kriegseintritt Amerikas für wenig wahrscheinlich. Seiner in der Kreuzzeitung verbreiteten Auffassung nach werde der amerikanische Beitrag zum Krieg auf Waffenlieferungen und Finanzhilfen beschränkt. Andererseits fürchtete er den Kriegseintritt aber auch nicht, da er, gestützt auf seine Studien, mit inneren Unruhen in den USA rechnete und den Ausbruch der Interessengegensätze mit Japan vorhersagte<sup>36</sup>.

Zur Frage der deutschen Kriegsziele hatte sich Hoetzsch schon im September 1914 in einer Denkschrift geäußert, deren Inhalt erstmals in der Arbeit von Uwe Liszkowski veröffentlicht worden ist. Diese Denkschrift, die das Grundgerüst für eine geplante und schließlich gescheiterte Publikation „Was Deutschland vom Frieden erwarten muss. Programm und Grundlage deutscher Zukunftspolitik“ darstellte, wurde im Dezember 1914 in überarbeiteter und erweiterter Version u. a. auch in der Reichskanzlei vorgelegt<sup>37</sup>. Während des Krieges machte Otto Hoetzsch zwei

---

<sup>33</sup> Liszkowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 129. Fritz T. Epstein folgend wertet Uwe Liszkowski die Artikel „gewissermaßen“ als Geschichte des Ersten Weltkrieges.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 131–135.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 143.

<sup>36</sup> Ebenda, S. 182.

<sup>37</sup> Ebenda, S. 139–141 und 167–170. Hoetzsch vertrat darin die Auffassung, dass der Krieg Deutschland aufgedrängt worden war und es sich deshalb politisch um einen reinen

in seinen Augen fatale politisch-militärische Fehler Deutschlands bzw. der beiden Mittelmächte aus. Zum einen betraf dies die Proklamation eines Königreichs Polen am 5. November 1916 durch das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn, die er strikt ablehnte, da er in ihr den Weg zu einer Verschärfung der Konfrontation mit Russland sah<sup>38</sup>. Zum anderen war er strikter Verfechter des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs, den er für unausweichlich betrachtete, um die englische Zufuhr an Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu unterbrechen. Für den Erfolg der Seeblockade nahm Hoetzsch auch den Angriff auf zivile Ziele und humanitäre Folgen billigend in Kauf. Die Aussetzung des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs nach dem Untergang der Lusitania am 7. Mai 1915 verurteilte er als Fehler – auch in Überschätzung der militärischen Wirksamkeit der deutschen U-Boote und vor allen Dingen in Unterschätzung der amerikanischen politischen Position und des militärischen Potentials der USA<sup>39</sup>. Seine Auffassungen hat Hoetzsch sicher mit dem Unterstaatssekretär, dann Staatssekretär Arthur Zimmermann im Auswärtigen Amt ausgetauscht, Verfasser des so genannten Zimmermann-Telegramms, der ebenfalls ein Verfechter des uneingeschränkten U-Boot-Kriegs war und von dem er mehrfach empfangen wurde<sup>40</sup>.

Das Ausscheiden Bulgariens aus dem Krieg Ende September 1918 muss für Hoetzsch wie ein Schock gewirkt haben, denn es besiegelte endgültig die Niederlage Deutschlands. Er hoffte nun auf Schadensbegrenzung, forderte, die öffentliche Diskussion der Schuldfrage für das Scheitern zurückzustellen und alle Kräfte auf ein annehmbares Kriegsende als Voraussetzung für einen günstigen Frieden zu konzentrieren. Unabhängig davon machte er das Versagen der politischen Führung des Deutschen Reichs für die Niederlage verantwortlich<sup>41</sup>.

Während Hoetzschs Weltmachtträume für Deutschland zu zerplatzen begannen, kam auch seine wissenschaftliche Karriere nicht recht voran. Seine Ambitionen, Nachfolger des 1916 emeritierten Theodor Schiemann zu werden, wurden von der Fakultät und Schiemann selbst hintertrieben. Entscheidend für die Ablehnung waren Hoetzschs politische Tätigkeit und seine Arbeit als Publizist, aber nicht seine wissenschaftlichen Leistungen, obwohl deren Geringschätzung und vermeint-

---

Verteidigungskrieg handelte. Hieraus erklärte er auch das Fehlen klarer Vorstellungen über die deutschen Kriegsziele in der Öffentlichkeit. Als Konsequenz forderte er eine auf breiter wissenschaftlicher Basis angelegte Kriegszieldiskussion bei Politikern und in der Öffentlichkeit, sowie eine sachliche Vorbereitung der Friedensverhandlungen durch Vertreter der Wissenschaft.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 186 f. Diese Auffassung änderte Hoetzsch erst kurz vor Kriegsende, als er mit der sich abzeichnenden Niederlage erkennen musste, dass sich seine Konzeption für Polen nicht durchsetzen ließ und er die Existenz eines „eigenständigen“ Polens anerkennen musste.

<sup>39</sup> Ebenda, S. 182.

<sup>40</sup> Das so genannte Zimmermann-Telegramm führte letztendlich zum Kriegseintritt der USA. Ziel war ein Bündnis zwischen Deutschland und Mexiko für den Fall, dass die Vereinigten Staaten von Amerika ihre Neutralität aufgeben sollten. Vgl. Martin Nassua, „Gemeinsame Kriegführung, gemeinsamer Friedensschluß“. Das Zimmermann-Telegramm vom 13. Januar 1917 und der Eintritt der USA in den 1. Weltkrieg, Frankfurt am Main 1992.

<sup>41</sup> Liszkowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 197 f.

liche Unzulänglichkeiten von der Fakultät in den Vordergrund geschoben wurden<sup>42</sup>. Die Auseinandersetzungen zogen sich über knapp vier Jahre hin und wurden erst durch Carl Heinrich Becker einer Lösung nähergebracht. Becker, mit dem Hoetzsch gut bekannt war, hatte von 1916 an Orientalistik an der Berliner Universität gelehrt und war in der Zwischenzeit zum Unterstaatssekretär im preußischen Kultusministerium aufgestiegen<sup>43</sup>. Es ist Becker zu verdanken, dass Otto Hoetzsch am 6. Juli 1920 gegen den Widerstand der Fakultät zum ordentlichen Professor und zweiten Direktor des Seminars für osteuropäische Geschichte und Landeskunde an der Berliner Universität ernannt wurde. Hoetzsch empfand diese Entscheidung als Zurücksetzung. Direktor des Seminars wurde der von der Fakultät vorgeschlagene Karl Stählin. Das Verhältnis „zwischen dem demokratischen, künstlerisch und literarisch interessierten Stählin und dem konservativen, politisch interessierten Hoetzsch“<sup>44</sup>, die das Seminar immerhin bis zu Stählins Emeritierung im Jahre 1933 zusammen leiten mussten, wird als angespannt beschrieben. Stählin las russische Geschichte, während Hoetzsch thematisch wesentlich breiter aufgestellt war und mit seinen Veranstaltungen den Bereich osteuropäische Geschichte (mit der Geschichte der deutschen Ostgebiete) und Landeskunde abzudecken versuchte.

1927 erhielt Hoetzsch einen weiteren Lehrauftrag für Außenpolitik und internationale Beziehungen. Er erreichte mit seinen „Mittwochvorlesungen“ zum „politischen Weltbild der Gegenwart“, die er fakultätsübergreifend ankündigte und die eher den Charakter politischer Vorträge hatten, zeitweise mehr als 1.000 Hörer. Der Lehrauftrag für Außenpolitik zog die Gründung eines Außenpolitischen Seminars nach sich, in dem Probleme der Außenpolitik, auch anhand von Dokumenten, referiert und diskutiert wurden. Darüber hinaus gab Hoetzsch in regelmäßigen Abständen Einschätzungen zur weltpolitischen Lage<sup>45</sup>. Hier konnte er nun seine Idee der Bildung durch die Verbindung von Wissenschaft und Politik verwirklichen. Beinahe rastlos nahm er deshalb auch weitere Lehraufträge an der Handelshochschule Berlin<sup>46</sup>, an der Verwaltungsakademie, an der Hochschule für nationale Politik und an der 1920 gegründeten Deutschen Hochschule für Politik<sup>47</sup> an, an der er 1928 einen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten gründete. Im gleichen Jahr wurde die dann 1935 aufgelöste „Historische Reichskommission“ gegründet, die Hoetzsch zu ihrem Schriftführer wählte und in der er wissenschaftlich publizistisch

---

<sup>42</sup> Ausführlich: ebenda, S. 288–290.

<sup>43</sup> Später sollte Becker, der als bedeutender Hochschulreformer in der Weimarer Republik gilt, zweimal das Amt des preußischen Kultusministers inne haben.

<sup>44</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 290.

<sup>45</sup> Vgl. Schlögel, Von der Vergeblichkeit (Anm. 1), S. 410.

<sup>46</sup> Vgl. Fritz Demuth, Die Handelshochschule in Berlin, in: Industrie- und Handelskammer zu Berlin: 1902–1927, Berlin 1927.

<sup>47</sup> Antonio Missiroli, Die Deutsche Hochschule für Politik, Sankt Augustin 1988. Vgl. Erich Nickel, Sozialer Liberalismus und Mitteleuropa. Zum Gründungskonzept der Deutschen Hochschule für Politik nach dem Ersten Weltkrieg in Berlin, Berlin 1998.

tätig war. 1931 trat Hoetzsch dem „Weimarer Kreis“ bei, einer Vereinigung verfassungstreuer Hochschullehrer, zu deren Präsident er 1932 gewählt wurde<sup>48</sup>.

Seit dem Kriegsende hatte sich Hoetzsch zum „Vernunftrepublikaner“ entwickelt, blieb aber innerlich der Monarchie, die er weiterhin für die geeignetste Staatsform hielt, ebenso treu wie seinen politisch in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg entwickelten Einschätzungen. Otto Hoetzsch war zunächst als Vertreter der „Deutschkonservativen Partei“, der er seit 1906 angehörte, in die Programmkommission der „Deutschnationalen Volkspartei“ (DNVP) entsendet worden. „Ein Teil seiner sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen sind zumindest verbal ins Programm mit eingeflossen, das einen Kompromiss aus bisherigen konservativen, freikonservativen, christlich-sozialen und völkischen Positionen darstellte und darauf angelegt war, möglichst breite Bevölkerungskreise der Partei zuzuführen“<sup>49</sup>. Hoetzsch trat der DNVP bei und wurde 1919 als ihr Abgeordneter in die preußische verfassungsgebende Versammlung gewählt. Auf Vorschlag Preußens sollte Hoetzsch als Kenner Ostdeutschlands und Osteuropas an den Friedensverhandlungen in Versailles teilnehmen, wurde von der Reichsregierung aber abgelehnt, da man eben nicht nur einen ausgezeichneten Fachmann haben wollte, sondern auch eine Person, die für den politischen Wandel in Deutschland stand<sup>50</sup>. In dieser Hinsicht wäre Hoetzsch tatsächlich der falsche Berater gewesen. Außenpolitisch stand er auf einer Linie mit der DNVP, die die totale Revision des Versailler Vertrags, den Schutz des Grenz- und Ausländerdeutschtums und das Recht des Anschlusses Österreichs an Deutschland verlangte. 1920 wurde er für den Wahlkreis Leipzig in den Reichstag gewählt, dem er bis 1930 angehörte. Bis 1929 war er Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags. Die außenpolitischen Annahmen, die Hoetzsch auf der Grundlage der dargestellten Maximen entwickelte, waren nicht realitätsfremd. Er ging davon aus, dass die USA zur Tilgung der Kriegsschulden ihrer Verbündeten einen starken europäischen Wirtschaftsraum wünschten und damit auch in letzter Konsequenz ein zahlungsfähiges Deutschland, was zumindest eine teilweise Revision der Friedensverträge bedeuten musste. Insofern betonte er die ökonomische Komponente dieser politisch hoch brisanten Frage. Diese Überlegungen brachten ihn auch dazu, dem Dawes-Plan und später auch dem Young-Plan trotz Bedenken zuzustimmen, was ihm massive Angriffe aus den Reihen der DNVP einbrachte. Aus seinem Wahlkreis wurde er aufgefordert, sein Reichstagsmandat niederzulegen und ihm wurden, was ihn besonders getroffen haben wird, seine außenpolitischen Kommentare bei der Kreuzzeitung entzogen<sup>51</sup>. Mit der weiteren Entwicklung der DNVP vollzog sich schließlich auch der Bruch von Otto Hoetzsch mit der Partei. Die Übernahme des Parteivorsitzes durch Alfred Hugenberg im Jahre 1928 und vor allen Dingen das Volksbegehren gegen den Young-Plan führten dazu, dass Hoetzsch am Jahresende

---

<sup>48</sup> Liskowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 299–302.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 203.

<sup>50</sup> Ebenda, S. 222.

<sup>51</sup> Ebenda, S. 211–215. 1928 wurde ihm auch die Mitarbeit in der Zeitung „Der Tag“ entzogen, die zum Hugenberg-Konzern gehörte.



1929 mit anderen aus der DNVP austrat und auch die Reichstagsfraktion verließ. Otto Hoetzsch schloss sich der „Volkskonservativen Vereinigung“ an, die im Juli 1930 in der „Konservativen Volkspartei“ aufging und wenige Jahre später – zusammen mit Hoetzsch – in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwand<sup>52</sup>.

Die Weimarer Zeit kann zweifellos als die fruchtbarste Schaffensperiode von Otto Hoetzsch bezeichnet werden. Er befand sich auf dem Höhepunkt seiner wissenschaftlichen Karriere und hatte, trotz mancher Widrigkeiten, seine Vorstellungen von einer Osteuropäischen Geschichtswissenschaft durchgesetzt. Er war als anerkannter politischer Publizist und Wissenschaftsorganisator fest etabliert und er verfügte über glänzende Kontakte zu bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, die gerne auch seinen Einladungen zu regelmäßigen Zusammenkünften in seinem Haus in der Bendlerstraße im Berliner Bezirk Tiergarten folgten<sup>53</sup>. „Es war in erster Linie Otto Hoetzschs Persönlichkeit und Anstrengungen zu verdanken, wenn Berlin nach dem Ersten Weltkrieg zum weltweit anerkannten Zentrum der Rußland- und Osteuropa-Studien wurde. Sein Genie bestand darin, die in Berlin vorhandenen Kräfte miteinander ins Spiel zu bringen und in einen neuen Aggregatzustand zu überführen“<sup>54</sup>.

Nach der „Machtergreifung“ deutete sich rasch das Ende von Hoetzschs akademischer und publizistischer Karriere an. Vor allen Dingen seine Haltung gegenüber der Sowjetunion, die auf der vor dem Ersten Weltkrieg und vor dem Hintergrund deutscher Weltmachtbestrebungen entwickelten Theorien beruhte, seine historischen und landeskundlichen Arbeiten sowie seine universitären und außeruniversitären Aktivitäten unter enger Einbeziehung ausländischer Wissenschaftler, nicht zuletzt seine politischen Kontakte und vielleicht auch sein Opportunismus machten Hoetzsch bei den nationalsozialistischen Machthabern zu einer missliebigen Person. Die Deutsche Gesellschaft zum Studium Osteuropas wurde als „Hort und Sammelbecken aller jüdisch-freimaurerisch-liberalistischen Sowjetfreunde und Salonboltschewisten“ diffamiert<sup>55</sup>. Die massiven Angriffe der Nationalsozialisten auf seine Person und sein Werk beantwortete Hoetzsch mit einer eigentlich nicht erklärbaren opportunistischen Haltung, die sich u. a. in einer Reihe von „NS-freundlichen“ Publikationen zeigte. Sicher war aus dem „Vernunftrepublikaner“ Hoetzsch kein „Herzensrepublikaner“ geworden. Dass der „Tag von Potsdam“, wie Uwe Liskowski vermutet, „eine Wende im Verhältnis zum Nationalsozialismus bewirkt“ hat<sup>56</sup>, vermag aber kaum zu überzeugen. Für Otto Hoetzsch, der im Grunde nach wie vor der Wertewelt und den Traditionen des Kaiserreichs verhaftet war, konnte es sicher verlo-

---

<sup>52</sup> Vgl. Erasmus Jonas, *Die Volkskonservativen 1928–1933. Entwicklung, Struktur, Standort und staatspolitische Zielsetzung*, Düsseldorf 1965; Horst Möller/Andreas Wirsching, *Aufklärung und Demokratie: Historische Studien zur politischen Vernunft*, Göttingen 2003, S. 232.

<sup>53</sup> Vgl. Schlögel, *Von der Vergeblichkeit* (Anm. 1), S. 413–415.

<sup>54</sup> Ebenda, S. 417.

<sup>55</sup> Ebenda, S. 420.

<sup>56</sup> Liskowski, *Osteuropaforschung* (Anm. 1), S. 304.

ckend wirken, wenn sich Hindenburg und Hitler als Vertreter der alten und der neuen Zeit die Hand reichten, jedoch musste er aufgrund seiner eindeutigen Haltung zu Osteuropa und den jahrelangen Angriffen, die diese nach sich gezogen hatte, wissen, dass sie in keiner Weise goutiert werden würde. Insofern dürfte eher anzunehmen sein, dass Hoetzsch mit einer vorerst defensiven Position – erfolglos – die weitere Entwicklung abzuwarten versuchte. Am 1. November 1933 trat er dem NS-Lehrerbund bei. In der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas und in der Redaktion ihres Publikationsorgans „Osteuropa. Zeitschrift für die gesamten Fragen des europäischen Ostens“ übernahmen Nationalsozialisten ohne erkennbaren Widerstand von Hoetzsch nach und nach die Schlüsselpositionen. Otto Hoetzsch und seine engsten Mitarbeiter wurden aus dem Vorstand gedrängt. Am 14. Mai 1935 wurde Hoetzsch von seinen Verpflichtungen in der Universität entbunden und in den Ruhestand versetzt.

Hoetzsch zog sich aus der Öffentlichkeit zurück und arbeitete an seiner Biografie über Zar Alexander II. Dieses Manuskript, das bis heute auf seine Veröffentlichung wartet, war nahezu die einzige Habe, die Hoetzsch nach der Zerstörung seiner Wohnung durch Bombentreffer im Jahre 1943 verblieb. Zugrunde ging auch seine Privatbibliothek mit ca. 30.000 Bänden. Vollkommen mittellos verbrachte er die Zeit bis zum Kriegsende bei Freunden, Verwandten in der Nähe von Stettin oder, von Krankheit gezeichnet, in Krankenhäusern. Im März 1945 flüchtete er zusammen mit seiner Frau von Stettin aus nach Berlin, wo seine Frau im April des Jahres verstarb. Schon am 15. Juni 1945 erfolgte seine Wiedereinsetzung als Ordinarius an der Berliner Universität, er konnte aber wegen seiner Krankheit kaum noch wirksam werden. In der Zeit, die Hoetzsch bis zu seinem Tode blieb, schrieb er ein weiteres Buch zur Geschichte Russlands. Otto Hoetzsch starb am 27. August 1946<sup>57</sup>.

### Werke (in Auswahl)<sup>58</sup>

Die wirtschaftliche und soziale Gliederung vornehmlich der ländlichen Bevölkerung im meissnisch-erzgebirgischen Kreise Kursachsens. Auf Grund eines Landsteuerregisters aus der zweiten Hälfte des XVI. Jahrhunderts dargestellt, Leipzig 1900.

Die vereinigten Staaten von Nordamerika (= Monographien zur Weltgeschichte, 20), Bielefeld/Leipzig 1904.

---

<sup>57</sup> Ausführlich zu Hoetzschs letzten Lebensjahren: Liszkowski, Osteuropaforschung (Anm. 1), S. 314–318.

<sup>58</sup> Ein ausführliches Verzeichnis der selbstständigen und unselbständigen Schriften sowie der Herausgeberschaften von Otto Hoetzsch findet sich ebenda, S. 577–597. Die Zahl der von Hoetzsch verfassten Schriften und Zeitungsartikel wird auf über 1.200 Stück geschätzt. Ein Nachlass von Otto Hoetzsch existiert nicht, da seine persönlichen Papiere im Krieg verloren gegangen sind.

- Stände und Verwaltung von Cleve und Mark in der Zeit von 1866 bis 1897 (= Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte der inneren Politik des Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg, 2), Leipzig 1908.
- Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte von 1904 bis 1912, Berlin 1913.
- Rußland als Gegner Deutschlands, Leipzig 1914.
- Rußland. Eine Einführung auf Grund seiner Geschichte vom Japanischen bis zum Weltkriege, Berlin 1917.
- Der Krieg und die große Politik, 3 Bde., Leipzig 1917–1918.
- Peter von Meyendorff. Ein russischer Diplomat an den Höfen von Berlin und Wien. Politischer und privater Briefwechsel 1826–1863, 3 Bde., Berlin/Leipzig 1923.
- Osteuropa und deutscher Osten. Kleine Schriften zu ihrer Geschichte, Königsberg/Berlin 1934.
- Katharina die Zweite von Rußland. Eine deutsche Fürstin auf dem Zarenthron des 18. Jahrhunderts, Leipzig 1940.
- Grundzüge der Geschichte Rußlands, hrsg. und mit Anmerkungen versehen von Bernhard Stasiewski, Stuttgart 1949.

### **Literatur (in Auswahl)**

- Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde (Hrsg.), Russland-Studien: Gedenkschrift für Otto Hoetzsch. Aufsätze seiner Schüler anlässlich des 80. Jahrestages seiner Geburt und des 10. Jahrestages seines Todes, Stuttgart 1957.
- Wolfgang Hardtwig, Neuzeithistorie in Berlin 1810–1918, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.), Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010. Bd. 4: Genese der Disziplinen. Die Konstitution der Universität, Berlin 2010, S. 291–315.
- Wolfgang Hardtwig, Neuzeit-Geschichtswissenschaften 1918–1945, in: Heinz-Elmar Tenorth (Hrsg.), Geschichte der Universität unter den Linden 1810–2010. Bd. 5: Transformation der Wissensordnung, Berlin 2010, S. 413–434.
- Uwe Liszkowski, Osteuropaforschung und Politik. Ein Beitrag zum historisch-politischen Denken und Wirken von Otto Hoetzsch (= Osteuropaforschung. Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, 19), 2 Bde., Berlin 1988.
- Karl Schlögel, Von der Vergeblichkeit eines Professorenlebens: Otto Hoetzsch und die deutsche Russlandkunde, in: ders., Das Russische Berlin. Osteuropas Bahnhof, München 2007, S. 403–424.
- Gerd Voigt, Otto Hoetzsch 1876–1946. Wissenschaft und Politik im Leben eines deutschen Historikers, Berlin 1978.
- Gerd Voigt, Otto Hoetzsch. 1876 bis 1946, in: Heinz Heitzer/Karl-Heinz Noack/Walter Schmidt (Hrsg.), Wegbereiter der DDR-Geschichtswissenschaft. Biographien, Berlin (Ost) 1989, S. 93–106.